

Nachhaltige Verkehrspolitik



Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender

Das städtische Wachstum ist eine Chance. Zumindest, wenn die klassischen Konzepte ideologiefrei und unter Ausnutzung aller neuen technologischen Anforderungen und Möglichkeiten weiter entwickelt werden. Dabei steht die Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität im Mittelpunkt. Energieeinsparung und Verbesserung der Schadstoffwerte sind selbstverständlich. Für Potsdam bedeutet das, dass unser Öffentlicher Personennahverkehr mehr und mehr den Bedarf von A nach B zu kommen erfüllt. Aber auch Fußgänger und Fahrradfahrer brauchen attraktive Bedingungen und ihren Raum im Straßenverkehr. Darüber hinaus wird der Autoverkehr in einer wachsenden Stadt wie Potsdam eher zu- als abnehmen. Deshalb wäre es falsch, hierfür nicht auch die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen und Stausituationen zu vermeiden. Die CDU/ANW Fraktion befasst sich daher kontinuierlich mit Potsdamer Verkehrsfragen und sucht nach Schwachstellen, um Sicherheit und Verkehrsfluss für alle Verkehrsarten im gesamten Stadtgebiet zu verbessern.

Konkret haben wir ein Mobilitätskonzept, für die Ortsteile und den ländlichen Raum der Landeshauptstadt Potsdam gefordert, das regelmäßig der aktuellen Entwicklung angepasst wird. Ein weiterer Antrag zum Entwicklungsbereich Bornstedter Feld beinhaltet eine Verbesserung der Nordanbindung über die Straße Am Vogelherd und eine Ampelanlage an der Einmündung der Erich-Mendelsohn-Allee in die Pappelallee. Die Prüfung von Tempo 30 auf der gesamten Georg-Herrmann-Allee wird ebenso gefordert wie die Einschaltung der Ampelanlage an der Kreuzung Georg-Herrmann-Allee/Kiepenheuer Allee während der Hauptverkehrszeiten. „Wir freuen uns, dass diese Anträge erfolgreich waren und in den vergangenen Stadtverordnetenversammlungen beschlossen wurden“, sagte der Fraktionsvorsitzende Matthias Finken. In die Stadtverordnetenversammlung im April bringt die Fraktion weitere Anträge zum Thema Sicherheit im Straßenverkehr ein: So soll geprüft werden, auf welchen Potsdamer Straßenabschnitten vor Schulen, Kitas und Senioren- und Pflegeheimen Tempo 30 eingeführt werden kann und die Aufstellung eines Drängelgitters soll an der Tramhaltestelle am Volkspark für mehr Sicherheit sorgen. „Wir greifen auch gerne Anregungen aus der Bevölkerung auf, wie zum Beispiel die Überprüfung der Be-

leuchtungsverhältnisse auf dem Gehweg des Voltaiweges“, so Finken.

Nachdem Medien berichtet hatten, dass die Verwaltung auf die Umsetzung der Ergebnisse der Sicherheitsuntersuchung für die Pappelallee im Jahre 2014 verzichten wollte, hat die Fraktion in der SVV im Januar den Antrag „Sicherheit auf der Pappelallee“ eingebracht. Der Beschluss stellt sicher, dass die Empfehlungen umgesetzt werden. Darüber hinaus soll mit der Einführung eines regelmäßigen Verkehrsforums erreicht werden, dass die Bevölkerung bei Verkehrsfragen besser informiert und eingebunden wird. Dies wird vorbereitet von einem Begleitkreis, der aus Verkehrsexperten aus allen Bereichen der Stadt berufen wird. Darüber hinaus kann dieser Expertenrat selbst Themen aufgreifen und Empfehlungen für die Ausschüsse erarbeiten.

Wir haben erreicht, dass geprüft wird, wie der vorgesehene Geh- und Radweg Stern-Schlaatz, nicht nur bis zur Nutheschneelstraße, sondern auch tatsächlich bis zum Schlaatz geführt werden kann. Dafür sollen entweder die Engpässe an der Brücke über die Eisenbahn entlang der Nutheschneelstraße und an der Brücke über die Nuthe für Begegnungsverkehr mit Radfahrern und Fußgängern ausgebaut werden oder eine alternative Routenführung erfolgen. Der Antrag beinhaltet auch die Prüfung, ob der Geh- und Radweg bis in die Innenstadt fortgeführt werden kann, indem entlang der Nuthe der weitere Ausbau zwischen Horstweg und Friedrich-Engels-Straße erfolgt.

In Groß Glienicke wurde auf unser Betreiben die Ampel an der Straßengabelung Potsdamer Chaussee/Glienicker Dorfstraße im Ortsteil Groß Glienicke behindertengerecht umgerüstet.

Für die Verkehrserschließung des Entwicklungsbereichs Kramnitz wollten wir nicht nur für den Siegerentwurf, sondern für alle Vorschläge eine Effizienzprüfung und zwar vorbehaltlos für alle Verkehrsarten.

„Jeder kennt die Staus an der Kreuzung Zeppelinstraße/Breite Straße. Hier haben wir durchsetzen können, dass geprüft wird, wie für alle Verkehrsarten den Verkehrsfluss verbessert werden kann“, erklärte Matthias Finken weiter. „Und selbstverständlich unterstützen wir zusammen mit anderen Fraktionen die Wiederbelebung der Stammbahn zur Verkehrsentslastung Potsdams. Das sind einige Beispiele für Verbesserungen im Potsdamer Stadtverkehr. Sicher gibt es noch weiteres Verbesserungspotential in unserer Stadt. Sollten Sie diese entdecken, lassen Sie es uns wissen, wir wollen uns gerne dafür einsetzen.“

Opfergedenken und Hausführung in der Lindenstraße 54



Foto: Die Kulturbeigeordnete, Dr. Iris Jana Magdowski, und der Stadtverordnete (Kulturausschussmitglied) Norbert Mensch beim Internationalen Holocaust-Opfer-Gedenktag in der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße 54

Nach der Ansprache durch Frau Dr. Magdowski und der gemeinsamen Kranzniederlegung im Namen der CDU-ANW-Fraktion nutzte Herr Mensch zusammen mit der Mitarbeiterin der Bundeszentrale für politische Bildung, Simone Hartwich, das Angebot einer Hausführung durch die Ausstellungsräume und den ehemaligen Zellentrakt für politische Häftlinge.

Die Gedenkstätte Lindenstraße erinnert an die politische Verfolgung im Dritten Reich und in der DDR. Zeitzeugen begleiten die Arbeit der Gedenkstätte, die seit wenigen Wochen eine Stiftung ist. Bis dahin war es seit dem Stadtverordnetenbeschluss vom 30.01.2013 ein langer Weg.

„Ich würde mich freuen, wenn unter der neuen Leitung von Uta Gerlant die Stiftung die Erinnerungsarbeit noch stärker als bisher akzentuieren würde“, bekräftigt Norbert Mensch seine Wünsche für die Zukunft der Gedenkstätte.

SVV-Stammtisch

Nach der SVV ist vor der SVV: Die nächste findet am 4. Mai 2016 statt und **am Donnerstag, den 5. Mai treffen wir uns um 19:00 Uhr wieder zum SVV-Stammtisch in der Benkertstraße 5, 14467 Potsdam, im Restaurant Zum Fliegenden Holländer.**

Sie haben hier die Gelegenheit, mit Stadtverordneten der CDU/ANW ins Gespräch zu kommen.



Mehr Infos zu aktuellen Themen sowie alle Antragstexte finden Sie unter

www.cdu-anw-fraktion-potsdam.de

Starke Wirtschaft für die „Hauptstadt der Hauptstadtregion“



Götz Friederich

Potsdam wächst, blüht und gedeiht und erfreut sich in Standortrankings oft guter Bewertungen. Dennoch sind Fragen zu stellen: Können wir nicht noch besser sein? Schöpfen wir unsere Potenziale aus? Sind wir gut aufgestellt für die Zukunft? Diese Fragen stellen sich nicht nur rund um die Schulentwicklungsplanung, verstärkten Wohnungsbau für moderate Mieten, wachsendes kulturelles Angebot, mehr Sportförderung und eine sozial ausgewogenen und verträglichen Entwicklung. Sie stellen sich insbesondere rund um ein Thema, das durch seine Leistungskraft, durch seinen Erfolg die Realisierung der vorgenannten Herausforderungen überhaupt erst ermöglicht, aber bisher nicht ernsthaft oder wenn, dann nur wie beliebig und irgendwie selbstverständlich behandelt worden ist: eine prosperierende Wirtschaft.

„Potsdam – innovativ seit 1685“.

Das ist ein Leitgedanke, der für eine Handlungsmaxime und für wirtschaftliche Ziele steht. Im Kern geht es dabei darum, immer wieder in Erinnerung zu rufen, das Arbeit und Wertschöpfung die Quellen eines blühenden Gemeinwesens sind. So ist es als eine Verpflichtung anzusehen, dass sich diese Erkenntnis zu einem Verständnis für die Bedeutung der Wirtschaft für unsere Stadt entwickelt, das gelebt wird und in einem entsprechenden Handeln der Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung mündet.

Zur Erinnerung:

- ▶ In Potsdam arbeiten rund 109.000 Erwerbstätige, davon rund 79.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- ▶ In der IHK und Handwerkskammer sind insgesamt rund 14.200 Potsdamer Betriebe organisiert.
- ▶ Sie schaffen Werte, die wichtig sind, damit unser Gemeinwesen intakt bleibt: 56 Mio. EUR Gewerbesteuer 57 Mio. EUR Einkommenssteueranteil
- ▶ Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, die wichtig sind, damit Potsdamerinnen und Potsdamer ein selbstbestimmtes Leben führen können und in der Konsequenz den Sozialetat der Stadt entlasten.

Wie entwickelt man nun diese wirtschaftlichen Potentiale und bereits vorhandenen Kompetenzen?

Damals – d.h. im Jahre 1685 – wie heute geht es darum, bestmögliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für hoch innovative Wirtschaftszweige zu schaffen, die mit modernen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen attraktiv sind für den Zuzug und den Verbleib von Fachkräften oder Akademikern und die Innovationen, Transformationen von Wissenschaft in Wirtschaft und damit eine Förderung der wirtschaftlichen Prosperität für den Wirtschaftsstandort Potsdam insgesamt schaffen.

Potsdam ist „Hauptstadt der Hauptstadtregion“.

Es liegt nahe, dass sich Potsdam hier den „Hut aufsetzt“ und eine Entwicklung der Speckgürtelregion moderiert, koordiniert und organisiert. Dazu gehört insbesondere, dass Potsdam sich in die Gestaltung der „IT-Achse“ „Potsdam, Stahnsdorf, Tel-

tow, Schönefeld, Berlin-Adlershof“ aktiv einbringt. Dazu bedarf es vor allem einer Gewerbeflächenentwicklung und Gewerbeflächensicherung für die bestehende Wirtschaft, aber auch für die Bildung von Gründer- und Kreativzentren, deren akademischer Nachwuchs hier unmittelbar vor Ort ausgebildet wird.

Es rückt also der Standortfaktor „Gewerbeflächen“ in den Mittelpunkt. Er ist bislang nicht unbedingt in der „DNA der Stadt“ nachweisbar. Daher ist es schwer, unter den gegebenen Bedingungen Wirtschaftsförderung im Interesse der Stadt zu betreiben. „Es fehlen Ressourcen, um Gewerbeflächenpotentiale aktivieren zu können. Das hat die Stadtverordnetenversammlung mit ihrem Beschluss „Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen“ inzwischen glücklicherweise erkannt“, freut sich Götz Friederich über das positive Votum zum CDU/ANW-Antrag.

Der stadteigenen Wirtschaftsfördergesellschaft, der TGZP (Technologie- und Gründerzentren Potsdam GmbH) kommt hierbei eine ganz wesentliche Rolle zu. Aber mal ehrlich: Wer kennt diese Gesellschaft in Potsdam? Stadtwerke, ProPotsdam und Klinikum, das sind Unternehmensgruppen, die jedermann geläufig sind. Aber die TGZP? Es ist die Gesellschaft Potsdam, der originär die Entwicklung von Gewerbeflächen zur Ansiedelung von Unternehmen aber auch der Neugründung von Unternehmen zukommt. Wie stellen wir also die TGZP in Zukunft auf, damit sie den in ihrem Gesellschaftervertrag fixierten Zweck und Gegenstand ebenso wie andere städtischen Gesellschaften, erfüllen kann? Das ist ein Schwerpunkt, der unbedingt zu bilden und dann konsequent weiter zu verfolgen ist.

Damit es auch weiterhin heißt: Potsdam – innovativ seit 1685!

Die neue Tourismuskonzeption muss sich zur Einzigartigkeit Potsdams bekennen

Content is king – dieser Grundsatz im Marketing gilt auch für eine neu zu erstellende Tourismuskonzeption für die Landeshauptstadt Potsdam. Ohne Inhalte d.h. ohne definierte Identitäten und artikulierten Bekenntnisse gibt es keine Botschaften und damit auch nichts zu vermarkten. In diesem Sinne verfolgen auch die Stadtverordneten aufmerksam das aktuelle Vorhaben zur Ausschreibung der Tourismuskonzeption 2025 für die Landeshauptstadt Potsdam.

Die Erarbeitung dieser Tourismuskonzeption soll dabei in zwei Phasen geschehen: Die erste Phase umfasst eine umfangreiche Analyse des Standortes „Potsdam“. Die zweite Phase soll dann priorisierte Ziele und umsetzbare Maßnahmen für die weitere touristische Entwicklung und Vermarktung Potsdams liefern. Im Anschluss an die Entscheidung, welche Konzeption am meisten im Hinblick auf eine touristische Entwicklungssper-

spektive für die Zeit bis 2025 überzeugt, wird dann die Umsetzung dieses Konzeptes vergeben werden.

„Das ist ein spannender Prozess, denn Städte befinden sich wie Unternehmen in einem Markt des freien Wettbewerbs“, erklärte Götz Friederich, Stadtverordneter der CDU/ANW und Präsident des Marketing Club Potsdam e. V. „Und so, wie Unternehmen sich durch gezieltes Marketing im Wettbewerb behaupten wollen, so kann auch eine Stadt wie Potsdam durch ein klar definiertes und konzipiertes Stadt- und Tourismusmarketing seine Attraktivität und seine Reichweite entscheidend erhöhen“, so Friederich weiter.

Dabei sollte es eigentlich ein Leichtes sein, den Kern, die Philosophie bzw. die Botschaft dessen, was vermarktet werden soll, zu artikulieren. „Potsdam“, das größte Ensemble der deutschen Welterbestätten ist immerhin so einzigartig und

einmalig auf dieser Welt, wie etwa Venedig oder Florenz! Durch das Toleranzedikt des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg kann Potsdam von sich behaupten, seit 1685 in wirkungsvoller Weise innovativ zu sein!

Diese einzigartigen Merkmale d.h. die „Innovation als Tradition mit weltkulturellem Erbe“ gilt es als Bekenntnis zu formulieren, um dieses dann weltweit zu vermarkten. Dieses Bekenntnis ist notwendig damit die vor dem Hintergrund der Einzigartigkeit Potsdams äußerst erfolgreiche touristische Entwicklung der letzten Jahre mit über einer Million Übernachtungen pro Jahr uneingeschränkt fortgesetzt werden kann.

Potsdam ist in der ganzen Welt einmalig „ohne Sorge“, einzigartig „sans souci“. Gelingt es nicht, diese Kernbotschaft zu artikulieren, dann könnte Potsdam austauschbar und beliebig werden mit Eigenschaften und Merkmalen, wie sie unterschiedslos in vielen Städten Deutschlands zu finden sind. Nur dann wird es schwer, etwas zu vermarkten. Content ist nun einmal king.

Götz Friederich

Eine behutsame Annäherung an die historische Innenstadt!



Lars Eichert

Das Stadtzentrum, die Mitte Potsdams, ist nicht nur für die Bürger Potsdams ein wesentlicher Bestandteil der Identität ihrer Stadt. Sie ist ein Aushängeschild der Stadt und bestimmt zu einem großem Anteil, wie sie durch Besucher und Touristen

wahrgenommen wird. Sie hat damit einen wichtigen Anteil an der wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung. Die Stadtverordneten haben daher bereits in den 90er Jahren eine behutsame Annäherung an die historische Innenstadt beschlossen. Wenn man die öffentliche Diskussion verfolgt scheint es aber nur darum zu gehen, ob aufgrund der Entscheidung der Stadtverordneten das „Mercure“ abgerissen wird und welche Kostenrisiken damit auf die Landeshauptstadt Potsdam zukommen. Daher wollen wir Ihnen mit einigen Fragen und Antworten einen Überblick zur Diskussion um die Entwicklung der Potsdamer Mitte und des Lustgartens geben:

1. Ist mit der Konkretisierung der Sanierungsziele im Bereich Neuer Lustgarten und dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan SAN-P 14 der Abriss des „Mercure“ beschlossen?

Nein, denn mit einem Bebauungsplan werden für die zukünftige Nutzung von Grundstücken Vorgaben gemacht. Vorgaben für bestehende Gebäuden oder gar der Beschluss zum Abriss eines Gebäudes werden in einem Bebauungsplan nicht festgelegt. Die Behauptung mit der Entscheidung der Stadtverordneten würde das einzige große Hotel in der Innenstadt wegfallen ist daher falsch.

2. Kann der Eigentümer das Mercure weiterhin als Hotel betreiben?

Ja, die bestehende Nutzung kann im Rahmen des Bestandsschutzes fortgesetzt werden. Im Rahmen des Bestandsschutzes kann das bestehende Gebäude auch durch den Eigentümer instand gesetzt werden, um für den Betrieb als Hotel erhalten zu werden. Allerdings kann der der Eigentümer das Gebäude nicht durch ein neues Gebäude ersetzen oder das bestehende Gebäude völlig umgestalten.

3. Kann der Eigentümer des Mercure gegen die Landeshauptstadt Potsdam Entschädigungs- oder die Übernahmeansprüche geltend machen?

Ein solcher Anspruch erfordert einen unzumutbaren Vermögensnachteil, den der Eigentümer entsprechend nachzuweisen hat. Zudem müsste ein bestehendes Baurecht geändert, eingeschränkt oder aufgehoben werden. Für das Grundstück des Mercure besteht derzeit kein Bebauungsplan, so dass eine Beurteilung, ob ein Baurecht geändert oder eingeschränkt würde auch nur nach den baurechtlichen Vorschriften zu den nicht überplanten Stadtgebieten erfolgen kann. Zudem ist eine Nutzung und Instandsetzung des Gebäudes im Rahmen des Bestandsschutzes weiterhin möglich. Mithin ist ein unzumutbarer Vermögensnachteil durch die Entscheidung der Stadtverordneten derzeit nicht erkennbar. Die Behauptung der Eigentümer könne derzeit Entschädigungs- oder die Übernahmeansprüche geltend machen trifft also nicht zu.

4. Brauchen wir eine Bürgerbefragung zu dem Abriss des Mercure?

Für die Gestaltung des Lustgartens wurde bereits ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt. Da ein Abriss des Mercure zurzeit nicht unmittelbar bevorsteht ist eine solche Befragung zur Zeit nicht erforderlich, sondern würde nur unnötig Geld kosten. Erst zu einem späteren Zeitpunkt könnte man vielleicht eine erneute Bürgerbeteiligung benötigen.

Baumschutzverordnung



Klaus Rietz

Die SVV hat die Auslegung der Baumschutz-VO beschlossen. Im Vorfeld gab es heftige Diskussionen zur beabsichtigten Lockerung beim Stammumfang, wobei die wirklich großen und stadtbildprägenden Bäume von der Änderung nicht betroffen sind. Alt galt 30 cm

(= 9,6 cm Durchmesser), neu 60 cm (= 19,1 cm D.). Hier geht es um die Grundsatzfrage, erreicht man mehr Grün, wenn man sich auf den Erhalt des Bestandes konzentriert, dazu strenge Schutzmaßnahmen festlegt, die dann natürlich auch kontrolliert werden müssen oder ist es wichtiger, mehr Anreize zu schaffen, dass neue Bäume gepflanzt werden. Wir meinen, es sollen nicht diejenigen bestraft werden, die Bäume pflanzen und dann eine kostenpflichtige Genehmigung brauchen, um einen armdicken Baum fällen zu dürfen. Es wird Zeit für eine nach vorn gerichtete Verordnung. Für die Umwelt ist jeder Baum, der nach 10 oder 15 Jahren gefällt wird, besser als ein Baum, der nicht gepflanzt wurde.

Café im Volkspark als attraktiver und sozialer Anziehungspunkt



Matthias Finken

Das Café liegt an zentraler Stelle im Wohngebiet und bietet sich als Treffpunkt an. Zusammen mit dem Entwicklungsträger, dem Volksparkmanagement, Anwohnern und der Stadtteilinitiative Bornstedt e.V. wurde überlegt, welche Rolle das Café im Stadtteil unter Berücksichtigung der Interessen der unmittelbaren Anwohner übernehmen kann. Konkret vermisst werden im Wohngebiet vor allem eine Begegnungsstätte, Räume für Vereinsaktivitäten, Möglichkeiten für kleinere Veranstaltungen sowie ein ganzjähriges attraktives gastronomisches Angebot. Dazu sollen natürlich die Versorgung der Park- und Wasserspielplatzbesucher und die beliebten Angebote – wie

der Trödelmarkt – erhalten bleiben. Die Ideen und Erwartungen wurden bei der Ausschreibung für das Café im Park berücksichtigt.

„Im letzten Jahr wurde unser Antrag „Entwicklung des Cafés im Volkspark“ in der Stadtverordnetenversammlung am 02. September ungeändert beschlossen. Dadurch konnte die politische Voraussetzung für ein Nutzungskonzept und notwendige Umbaumaßnahmen geschaffen werden“, sagte der Fraktionsvorsitzende Matthias Finken. „Wir freuen uns, dass ein Pächter gefunden wurde, der sich der Herausforderung stellt und das Café im Sinne der Anwohner entwickeln will. Wir wünschen ihm einen guten Start und eine glückliche Hand, die Erwartungen zu erkennen und den Anwohnern sowie den Gästen eine attraktive Begegnungsstätte zu bieten“, so Finken weiter. Zusätzlich sollen durch ein verändertes räumliches Konzept erweiterte Nutzungsmöglichkeiten für das Café geprüft werden. Darüber machen sich Architekten und Baufachleute zurzeit Gedanken.

Gefahrenstelle wird ins Radverkehrskonzept aufgenommen



Viele Auto- und Radfahrer kennen die Gefahrenstelle gegenüber dem Rechenzentrum. Wer mit dem Rad aus der Innenstadt kommend die Dortustraße in Richtung Breite Straße entlangfährt, kann bis ca. 100 Meter vor der Kreuzung einen markierten Radweg nutzen. Dieser endet mit dem Auslaufen der rechtseitigen Parkmöglichkeiten. Jetzt beginnt der Kampf zwischen Auto- und Radfahrer. Da für alle Verkehrsteilnehmer eine klare Radwegführung nicht ersichtlich ist, kommt es immer wieder zu brenzlichen Situationen. Die CDU/ANW hat dies zum Anlass genommen, die Verwaltung auf diesen Missetand hinzuweisen und eine Entschärfung der Gefahrenstelle gefordert. Erfreulicherweise hat die Verwaltung unseren Hinweis sofort aufgenommen und diesen Knotenpunkt in den Entwurf des neuen Radverkehrskonzeptes integriert. Wir werden die Umsetzung weiter begleiten.

Clemens Viehrig

CDU/ANW für Stärkung des Potsdamer Sports



Clemens Viehrig

Die Integrierte Sportentwicklungsplanung (ISEP) welche gemeinsam mit der Universität Potsdam sowie Vereinen erarbeitet wurde, ist die Orientierung für zukünftige Maßnahmen bei der Weiterentwicklung des Sports in Potsdam. Im Zuge der Erarbeitung wurden vor

allem Defizite im Bereich der Turnhallen und wettkampffähigen Großfeldflächen identifiziert. Mit dem Schulentwicklungsplan und der damit verbundenen Sanierung vieler Turnhallen wird diese Lücke zum Teil geschlossen. Der Bedarf an Sportplätzen bleibt allerdings weiterhin bestehen.

Das Land Brandenburg hat gerade ein Kommunales Infrastrukturprogramm (KIP) zur Förderung von Sportvereinen aufgelegt. In den nächsten drei Jahren sollen Brandenburger Sportvereine beim Bau oder der Sanierung ihrer Sportanlagen mit 15 Millionen Euro unterstützt werden. Seit dem „Goldenen Plan“ für kommunale Sportstätten hat es solch ein Förderprogramm nicht mehr gegeben. Für Potsdam ist dies eine Chance! Das Programm nicht zu nutzen wäre ein falsches Signal für die vielen ehrenamtlich engagierten Potsdamerinnen und Potsdamer in den Sportvereinen. Die CDU/ANW hat sich die neue Richtlinie zum KIP deshalb genau angesehen. Im Zu-

sammenspiel mit dem Landesverband Fußball, welcher seinerseits eine Prioritätenliste aufgestellt hat, haben sich zwei Projekte in den Gesprächen herauskristallisiert: Aus Sicht der CDU/ANW sollen eine neue Sportstätte im Bornstedter Feld und die Modernisierung der alten Schotterfläche im Sportforum Waldstadt durch das KIP realisiert werden. Sportpolitiker von CDU/ANW und SPD haben sich dazu auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt, welches durch einen Antrag untermauert wird.

Letztendlich sind diese Maßnahmen jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es gilt im nächsten Doppelhaushalt, ein Budget für den ISEP zu diskutieren. Wir müssen kontinuierlich an unserer Sportinfrastruktur arbeiten und dürfen nicht nur auf Förderprogramme bzw. den Schulentwicklungsplan bauen. Wir brauchen die gleichen Synergieeffekte, wie wir sie durch die Turnhallensanierungen erhalten. Dreh- und Angelpunkt sind jedoch die Vorgaben des Landes. Denn die Freiwilligkeit bei Modernisierung/Neubau einer Sportanlage spielt bei den Haushaltsanmeldungen gegenüber der Kommunalaufsicht eine gewichtige Rolle. Das Land Brandenburg muss endlich die Vorgaben für die Schulsportflächen verändern, um den Kommunen die gleichen Synergieeffekte zu ermöglichen.

Zudem gilt es in den nächsten Monaten den ISEP kontinuierlich weiterzuentwickeln. Vor allem die Sportfunktionsgebäude müssen in den ISEP integriert werden (zum Beispiel die Gebäude von Fortuna Babelsberg sowie dem FSV Babelsberg 74). Gleich-



„Roter Rasen“ im Sportforum Waldstadt nicht mehr zeitgemäß

zeitig dürfen neu entstehende Sportanlagen nicht ohne die nötige Infrastruktur für die Sportlerinnen und Sportler geschaffen werden. Die Vereine sollten die Möglichkeit erhalten, vor Ort Umkleide- und Sanitärgebäude nutzen zu können. Idealerweise sollten die Sportstätten mit einem Vereinsraum ausgestattet sein, um die ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen. Hier müssen wir auch neue Wege gehen und gemeinsam mit den Vereinen zielführende Lösungen besprechen. „Trotzdem freut es uns, dass durch unsere Initiative zwei Outdoor-Sportgerüste im Potsdamer Süden und Norden geschaffen wurden. 365 Tage Sport für jedermann und dies kostenfrei. Das sind kleine Erfolge aber es gibt noch viel zu tun.

„Wir packen es an – Sport frei!“ sagte Clemens Viehrig, Vorsitzender des Ausschusses Bildung und Sport, dazu.

Studentischer Wettbewerb für den Annemarie-Wolf-Platz

Der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger im Bornstedter Feld war ein Wettbewerb über die Gestaltung des Annemarie-Wolf-Platzes. Die CDU/ ANW-Fraktion hat die Idee gerne aufgegriffen und mit einem entsprechenden Antrag die politische Voraussetzung für die Durchführung eines Wettbewerbs geschaffen. Für den Antrag sprachen sich die Mehrheit der Stadtverordneten und die Verwaltung aus. So konnten die Erwartungen der Bewohner des Bornstedter Felds in den Wettbewerb einfließen.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen:

Der Annemarie-Wolf-Platz soll ein attraktiver städtischer, öffentlich nutzbarer Platz werden, der sich als Treffpunkt und Kommunikationsort anbietet. Dazu beitragen soll in den angrenzenden Gebäuden neben Wohnungen eine vielfältige Nutzungsmischung wie Gastronomie und Einzelhandel in Verbindung mit Funktionen für ein Stadtteilzentrum. Das Ergebnis soll soweit wie möglich für den Investor bindend vereinbart werden.

„Es war ein interessanter Prozess, der den Studierenden offensichtlich viel Spaß gemacht hat und ihnen Gelegenheit gab, ihr Können an einem konkreten Projekt zu messen. Es bleibt spannend; denn jetzt muss jemand gefunden werden, der die Ideen in die Praxis umsetzt“, erklärte Matthias Finken.

Neues von der Schulentwicklungsplanung

In der Schulentwicklungsplanung (SEP) richtet sich der Fokus neben den laufenden Bauvorhaben vor allem auf die Planungsräume Babelsberg und am Hauptbahnhof. Hier werden dringend zusätzliche Grundschulstandorte benötigt. Die erfreuliche Nachricht des Kommunalen Immobilienservice war, dass alle laufende Schulbauvorhaben im Zeitplan sind und auch die Betonproblematik der neuen Leonardo- da-Vinci-Gesamtschule im Bornstedter Feld sollte – sofern die Wetterlage den Baufortschritt nicht maßgeblich stört – zeitgerecht fertiggestellt werden. In der letzten Sitzung der AG SEP standen deshalb ausschließlich drei Themen auf der Tagesordnung: Standortvarianten für eine Grundschule an der Heinrich-Mann-Allee, die Erweiterung der Comenius-Schule und Standortvorschläge für einen neuen Grundschulstandort in Babelsberg. Im Moment sind vor allem am Standort Heinrich-Mann-Allee noch viele Detailfragen offen, so dass es zunächst bei der Vorstellung der Varianten blieb. Das klare Bekenntnis für die Erweiterung der Comenius-Schule und deren Standort wurde mit einem positiven Votum der AG SEP sowie im Bildungsausschuss unterstrichen.

Für einen zu entwickelnden Grundschulstandort in Babelsberg wurden zunächst die ersten Ideen der Verwaltung diskutiert. Derzeit stehen drei Standorte zur Disposition: 1. ein Areal an der Glasmeisterstraße, 2. Die Rasenfläche an der Sandscholle mit einer daraus resultierenden Verlagerung der Sportfläche und 3. eine Fläche am Bhf. Griebnitzsee (Prof.

Dr. Helmert Allee). Es muss jedoch betont werden, dass dies die ersten Überlegungen sind. Im Moment besteht weiterhin die Möglichkeit, Vorschläge für Schulstandorte in den entsprechenden Sozialräumen mit der Verwaltung abzustimmen. Davon werden wir Gebrauch machen und unsere Ideen einbringen. Zudem hat die CDU/ANW darauf gedrängt einen Wochenendtermin der AG SEP vorzusehen. Denn dieses wichtige Thema müssen die Verantwortlichen in Ruhe erörtern und die vielen offenen Punkte besprechen können. Clemens Viehrig

Impressum

Herausgeber:

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam
Stadthaus, Raum 3.093
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Gesamtherstellung:

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

V. i. S. d. P.

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin
Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich

Fotos: CDU/ANW Fraktion (Clemens Viehrig, Norbert Mensch)